

VERGABEUNTERLAGEN

EK-G+T-06-2026-03

Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Freistaat Bayern, vertreten durch Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
Seybothstraße 2, 93053 Regensburg, Deutschland

03.06.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
Angebotsaufforderung	3
Bewerbungsbedingungen UVgO	4
1.2.1. Textform	5
1.3. Weitere Vorgaben	5
1.3.1. Angebot	5
1.3.2. Nachweise	6
2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen	7
3. Bevorzugte Bieter	8
4. Besondere Beteiligungsformen	8
4.1. Unterauftragnehmer	8
4.2. Bietergemeinschaften	9
4.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen	9
5. Abschluss des Vergabeverfahrens	10
6. Kommunikation im Vergabeverfahren	10
Leistungsbeschreibung	11
Leistungszeitraum	12
Preisblatt	12
Eignungskriterien	12
2025 07 14 Arbeitsanweisung Zusammenarbeit mit Fremdfirmen Version 3	13
Struktur Bieter	17
1. Angaben zur Struktur	17
2. Angaben zu Unterauftragnehmern	17
3. Angaben zur Eignungsleihe	18
4. Angaben zur Bietergemeinschaft	18
4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft	18
4.2. Bevollmächtigter Vertreter	18
Eigenerklärung zur Eignung - UVgO	19
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher	22
Eigenerklärung	22
Eigenerklärung	25
Eigenerklärung	25
AGB_OTH-Regensburg	27
1. Bestätigung des Auftrages	27
2. Lieferfristen	27
3. Lieferung	27
4. Gefahrenübergang	27

7. Bezahlung	27
10. Erfüllungsort, Gerichtsstand	27
11. Erklärung	27
Produkte/Leistungen	28
Eignungskriterien.....	29
Leistungskriterien	33
Anlagen	34

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Auftragsnummer	EK-G+T-06-2026-03
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3
Auftragsbeschreibung	Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

ALLGEMEINES

VERFAHREN

Auftraggeber	Freistaat Bayern, vertreten durch Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
Liefer-/Ausführungsort	93053 Regensburg
Leistungsart	Dienstleistung
Vertragsart	< keine Auswahl getroffen >
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>71630000-3</td><td>Technische Kontrolle und Tests</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	71630000-3	Technische Kontrolle und Tests
Code	Bezeichnung				
71630000-3	Technische Kontrolle und Tests				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Ja
Skonto Zahlungsziel	30 Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.auftraege.bayern.de
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	03.06.2026
Vorinformation	

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	18.06.2026 12:00
Angebotsfrist	02.07.2026 10:00:00
Bindefrist	03.09.2026
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	02.01.2027
Ende	31.07.2027
Anmerkungen	Prüftermine sind mit den Fakultäten/Einheiten vorab selbständig abzustimmen und mindestens 1-2 Werktage vorher anzukündigen. Die einzelnen Ansprechpartner werden bei Auftragserteilung mitgeteilt.

DATENSCHUTZ

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Name

Anschrift

Telefon

E-Mail

DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHER

Name

Anschrift

Telefon

E-Mail

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

BROWSEEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bieterfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten".

Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

Projekt-Nr.: EK-G+T-06-2026-03

Aktenzeichen: 06-2026-03

Projektname: Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

Firmenbezeichnung und Anschrift

Angaben zu Fristen und Ansprechpartner

Ablauf der Angebotsfrist: 02.07.2026 10:00:00

voraussichtliche Ausführungsfrist:

Beginn: 02.01.2027

Ende: 31.07.2027

E-Mail: theresa.zeitler@oth-regensburg.de

Datum: 03.06.2026

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vergabestelle beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen sind unter www.auftraege.bayern.de hinterlegt.

Falls Sie an diesem Auftrag interessiert sind, bitten wir Sie, ein Angebot abzugeben.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders vorgegeben, ist das Angebot in elektronischer Form und deutscher Sprache über das Portal www.auftraege.bayern.de einzureichen.

Wir würden uns über ein Angebot Ihrerseits sehr freuen.

Freundliche Grüße

Theresa Zeitler

Projekt-Nr.: EK-G+T-06-2026-03

Aktenzeichen: 06-2026-03

Projektname: Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

Bewerbungsbedingungen

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1. Angebotsabgabe

1.1. Fristen

Die **Angebotsfrist** endet am 02.07.2026 um 10:00:00 Uhr.

Eine Änderung oder Rücknahme eines bereits eingereichten Angebots durch den Bieter ist nur bis zum Ablauf dieser Angebotsfrist zulässig.

Der öffentliche Auftraggeber wird den Zuschlag spätestens am 03.09.2026 erteilen.

Der Bieter ist bis dahin an sein eingereichtes Angebot gebunden (**Bindefrist**).

Die **Frist für Bieterfragen** endet am 18.06.2026 12:00 Uhr.

Fragen, die dem öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf dieses Termins zugehen, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

1.2. Form und Übermittlung

Die Abgabe des Angebots hat **unter Verwendung elektronischer Mittel** zu erfolgen.

Nicht mittels elektronischer Datenübermittlung abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Die wirksame Angebotsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabepattform zu erfolgen.

Die zur Erstellung eines elektronischen Angebots erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch entnehmen.

Die online-Bearbeitung der Angebotserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Angebotserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Angebotsassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Angebotsabgabe bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Angebot einreichen“ zur Auswahl angeboten:

1.2.1. Textform

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Angebotserstellers im dafür vorgesehenen Feld und die anschließende Bestätigung über den Button „Angebot einreichen“.

1.3. Weitere Vorgaben

Die Angebote werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit,
- Eignung der Bieter und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,
- Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Angebotsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

1.3.1. Angebot

Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die im Angebot enthaltenen Preisangaben sind in Euro anzugeben.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig.

Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Für die Erstellung des Angebots und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Dem Angebot beigelegte Unterlagen, Muster usw. gehen mit Übermittlung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Angebot ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebenen Angebote automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Im Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

1.3.2. Nachweise

Bei Beauftragung eines Dritten im Rahmen einer Eignungsleihe ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Nachweise, die bei Angebotsabgabe zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigelegt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die bayerischen Verwaltungsvorschriften zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) finden in ihrer jeweils gültigen Fassung Anwendung und gehen den Regelungen in den Vergabeunterlagen vor.

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil.

Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigelegte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Angebotserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren.

3. Bevorzugte Bieter

Bieter, die bevorzugt berücksichtigt werden wollen müssen dies im Angebot erklären und den Nachweis für das Vorliegen der Voraussetzungen entsprechend den Vorgaben der VVöA führen.

Bietergemeinschaften, denen bevorzugte Bieter als Mitglieder angehören, haben zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben. Werden diese Nachweise nicht geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bieter behandelt.

4. Besondere Beteiligungsformen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas Anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

4.1. Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

Unterauftragnehmer ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Leistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

4.2. Bietergemeinschaften

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine **Bietergemeinschaft** liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen eines Vergabeverfahrens ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

4.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

5. Abschluss des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber weist auf seine gesetzliche Verpflichtung aus § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes hin. Demnach fordert der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.

Bei Verhandlungsvergaben behält sich der Auftraggeber gemäß § 12 Abs. 4 Satz 2 UVgO vor, den Zuschlag auch ohne Durchführung vorheriger Verhandlungen auf ein Angebot zu erteilen.

6. Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur über den Angebotsassistenten und versendet parallel – rein informatorisch – jeweils eine E-Mail-Nachricht (Info-E-Mail) an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Erklärungen gelten mit Bereitstellung im Nachrichtenmodul des Angebotsassistenten als zugegangen.

Ein Anspruch auf den Erhalt von Info-E-Mails in Bezug auf neue Nachrichten der Vergabestelle besteht nicht.

Direkte Rückantworten auf diese Info-E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle die Nachrichtenfunktion im Angebotsassistenten.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.

Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.

Leistungsbeschreibung

Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

Die Leistung beinhaltet die Durchführung der Wiederholungsprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel gemäß DGUV Vorschrift 3 unter Einhaltung aktuell gültigen gesetzlichen und fachlichen Vorschriften.

Die Prüfung umfasst Sichtprüfung, Messung, Funktionsprüfung, Dokumentation und Kennzeichnung des Betriebsmittels entsprechend den geltenden Vorschriften.

Zu prüfen sind alle vor Ort befindlichen ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel, privat genutzte Geräte sind ebenfalls zu prüfen.

Leistungsort:

Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, dazu gehören die Gebäude auf dem Campus der OTH, Standorte Prüfeninger Straße, TechBase und Building Lab.

Leistungsinhalte:

Die Prüfung beinhaltet die nachfolgend aufgeführten Schritte:

- **Sichtprüfung** auf äußerlich erkennbare Schäden
- **Prüfung der Wirksamkeit der Schutzmaßnahme gegen elektrischen Schlag:**
 - o Schutzleiterwiderstandsmessung
 - o Isolationswiderstandsmessung
 - o Schutzleiterstrommessung
 - o Berührungsstrommessung in Abhängigkeit von der Schutzklasse des Prüflings
- **Funktionsprüfung** auf bestimmungsgemäßen Gebrauch
- **Dokumentation**
 - o Unterschriebener Prüfbericht pro Abteilung/Organisationseinheit
 - o Einzelprüfprotokoll bei negativem Prüfergebnis
 - o Aufzeichnung der durchgeführten Prüfungen mit Angabe von Gerät und Raumnummer Messergebnissen und Beurteilung im Excel-Format
 - o Prüfplakette (Datum der durchgeführten Prüfung)
 - o Gesamtübersicht (Excel-Format) erbrachter Prüfungen in einzelnen Fakultäten/Abteilungen mit Stückzahl, Kosten und Quote der nicht bestandenene Geräte (Beurteilung)

Für die Preiskalkulation ist eine grobe Schätzung durchgeführt worden. Die Anzahl der zu prüfenden Geräte beträgt etwa 45.000-65.000 Stück.

Die Prüfleistung wird gesondert nach Verwaltung/Fakultät abgerufen und ist so auch, nach Prüfung der jeweiligen Einheit jeweils in Rechnung zu stellen. Aufkommende Rückfragen, z.B. zu defekten Geräten, Öffnung von Räumen und Schränken, Klärung von Rechnungsinhalten, Terminänderungen, sind zwischen dem Auftragnehmer und den verantwortlichen Personen der jeweiligen Einheiten zu bearbeiten.

Fakultäten/Einheiten:

- Angewandte Natur- und Kulturwissenschaften
- Angewandte Sozial- und Gesundheitswissenschaften
- Architektur
- Bauingenieurwesen
- Betriebswirtschaft
- Elektro- und Informationstechnik
- Informatik und Mathematik
- Maschinenbau
- Verwaltung/Zentraleinrichtungen

Leistungszeitraum

Die Prüfung der ortsveränderlichen Betriebsmittel soll im Zeitraum 02.01.-31.07.2027 erfolgen. Prüftermine sind mit den Fakultäten/Einheiten vorab selbständig abzustimmen und mindestens 1-2 Werktage vorher anzukündigen. Die einzelnen Ansprechpartner werden bei Auftragserteilung mitgeteilt.

Preisblatt

Prüfung und Protokollierung von ortsveränderlichen elektrischen Geräten

- Variante 230 V	_____ € /Stück
- Variante 400 V	_____ € /Stück
- Regiestunde	_____ € /Stunde

In den Preisen sind die Reisekosten/Anfahrten enthalten.

Eignungskriterien

- Die Prüfungen sind ausschließlich durch eine Elektrofachkraft, bei Verwendung geeigneter Mess- und Prüfgeräte auch elektrotechnisch unterwiesene Person durchzuführen.
- Die entsprechenden Befähigungsnachweise der eingesetzten Fachkräfte sind dem Angebot beizulegen.
- Zur Prüfung eingesetzte Personen müssen als zur Firma gehörig erkennbar sein und sich ausweisen können.
- Prüfgeräte und Zubehör müssen für die Prüfung geeignet und in technisch einwandfreiem Zustand sein – der Nachweis darüber ist dem Angebot beizulegen.
- Mit Abgabe des Angebotes ist eine Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen.
- Eine Gefährdungsbeurteilung für die durchzuführenden Tätigkeiten muss durch den Auftragnehmer vor Aufnahme der Tätigkeiten umgesetzt sein.
- Die OTH-internen Regeln, wie z.B. „Arbeitsanweisung Fremdfirmeneinsatz“ sind zu befolgen.
- Referenzliste bezogen auf die zu vergebende Leistung (mind. drei Vertragspartner - mit Angabe von Leistungszeitraum und Leistungsumfang, Ansprechpartner und Kontaktdaten)

Zuschlagskriterium

Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis, sofern die Eignungskriterien erfüllt sind.

Anlage

Lagepläne der OTH Regensburg
[Standort und Raumpläne](#)

Datum Rechtsverbindliche Unterschrift

Arbeitsanweisung

Einsatz von Fremdfirmen

Datum	Version 3, 14.07.2025
Erstellung	Petra Faldum
Verteilung	OTH Regensburg, STBAR

Inhalt

Ziel	1
Gültigkeitsbereich	1
Regelungen und Vorgaben für Fremdfirmen	2
Allgemeines	2
Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln	2
Verhalten im Notfall und Sicherheitseinrichtungen	2
Verhalten bei Unfällen und Erste-Hilfe-Einrichtungen	2
An- und Abmeldung	2
Persönliche Schutzausrüstung	3
Arbeitsmittel	3
Ordnung und Sauberkeit	3
Entsorgung	3
Verkehrsregelungen auf dem Gelände	3
Feuergefährliche Arbeiten	3
Einsatz von Gefahrstoffen	3
Besondere Gefährdungen in Laboren oder technischen Bereichen	4
Dokumentation	4
Mitgeltende Regelungen	4

Ziel

Ziel dieser Arbeitsanweisung ist, neben der hohen Qualität des Arbeitsergebnisses, zu jeder Zeit die Gesundheit und Sicherheit der eigenen Beschäftigten und der Beschäftigten der Fremdfirmen zu gewährleisten. Der Arbeitsschutz ist zu berücksichtigen; Arbeitsunfälle und Gesundheitsschäden sind zu vermeiden.

Gültigkeitsbereich

Diese Arbeitsanweisung ist gültig

- örtlich für die Bereiche der OTH
- personell für Auftragnehmer (AN: externe Fremdfirma) und Auftraggebende (AG)
- zeitlich ab Erstellungsdatum

Regelungen und Vorgaben für Fremdfirmen

Allgemeines

- Bei der Ausführung der Arbeiten ist darauf zu achten, dass Gefährdungen von Personen und Einrichtungen vermieden oder, wenn unvermeidbar, durch Schutzeinrichtungen und Schutzausrüstungen so gering wie möglich gehalten werden.
- Flucht- und Rettungswege dürfen durch die Arbeiten nicht versperrt oder eingeengt werden. Flure gelten grundsätzlich als Flucht- und Rettungswege. Notausgänge sind freizuhalten. Gleiches gilt für Feuerwehrezufahrten, -bewegungsflächen und -aufstellflächen. Brandschutztüren dürfen nicht verstellt, verkeilt oder offengehalten werden.
- Bei gegenseitigen Gefährdungen ist der AG als Koordinator befugt, sicherheitstechnische Anweisungen zu erteilen, um diese Gefährdungen zu vermeiden. Diesen Anweisungen ist Folge zu leisten.
- Bei unvorhergesehenen Gefährdungen sind die Arbeiten unmittelbar einzustellen, bis die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt sind.
- Arbeiten sind grundsätzlich mit der Abteilung Gebäude und Technik abzustimmen!
- Die Gebäude der Hochschule Regensburg sind mit Brandmeldeanlagen ausgestattet. Tätigkeiten, die ein Auslösen der Anlage durch Feuer, Rauch, Staub, Temperatur, oder Aerosole bewirken könnten, sind vorher mit Brandschutzbeauftragten oder der Abteilung Gebäude und Technik abzustimmen.
- Die Brandschutzordnung der OTH Regensburg ist zu beachten.

Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln

- Die AN dürfen sich nur in den Bereichen aufhalten, die in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit stehen.
- Unregelmäßigkeiten, Probleme oder Arbeitsunfälle sind dem AG zu melden.
- Mögliche Gefährdungen während der Arbeitsaufgabe und dazu gehörige Maßnahmen sind im Voraus dem AG bekanntzumachen.

Verhalten im Notfall und Sicherheitseinrichtungen

- Die Beschäftigten des AN sind über Sicherheitseinrichtungen zu informieren, wie Fluchtwege, Brandschutzordnung, Druckknopf-Brandmelder, Feuerlöscher, Bedeutung von Sirenenalarm und Durchsagen, Not-Aus-Schalter, Telefon etc.
- Das Verhalten im Brandfall ist auf den jeweiligen ausgehangenen Flucht- und Rettungsplänen zu entnehmen.
- Bei Wahrnehmung von Gas-Geruch bzw. akustischem Gasalarm ist der Gefahrenbereich unverzüglich zu verlassen. Der Infopoint ist zu informieren. Von hier aus werden die zuständigen Beschäftigten informiert.
- Bei Alarm (Schallzeichen oder Ansage) sind sofort alle Arbeiten einzustellen und gegebenenfalls noch laufende Betriebsmittel stillzusetzen. Die Sammelstelle ist unverzüglich aufsuchen, hilfebedürftige Personen hierbei gegebenenfalls unterstützen. Vollzähligkeit der Personen feststellen und der auftragsverantwortlichen Person melden! Anweisungen der Einsatzkräfte befolgen!

Verhalten bei Unfällen und Erste-Hilfe-Einrichtungen

Der AN ist über Einrichtungen der Erste-Hilfe zu informieren, wie Notrufaushänge, Erreichbarkeit der Ersthelfer, Telefon, Notrufnummer, Erste-Hilfe-Material und -Räume, Rettungstreffpunkte.

Auf den Notrufaushängen ist der Ort für den nächsten Defibrillator, wichtige Telefonnummern, Beschreibung der jeweiligen Rettungstreffpunkte und die Erste-Hilfe-Räume angegeben.

Verhalten im Notfall:

- Bewahren Sie Ruhe!
- Wählen Sie die (09)-112 Festnetz!
- WER ruft an?
- WO ist es passiert?
- WAS ist passiert?
- WIEVIELE Personen sind daran beteiligt/verletzt?
- WARTEN Sie auf Rückfragen!
- Nennen Sie den Rettungstreffpunkt!
- Legen Sie nicht einfach auf!
- Erwarten Sie dort den Notarztwagen und begleiten das Rettungspersonal zum Unfallort.
- Informieren Sie den AG

An- und Abmeldung

Vor Beginn der Arbeit muss sich der AN arbeitstäglich anmelden und abmelden. Der Modus ist zwischen AG und AN jeweils zu vereinbaren. Telefonisch, persönlich oder über den Infopoint sind abzusprechende Meldeoptionen. Zweck der Meldung ist die Information im Notfall, um eine Evakuierung der AN-Mitarbeiter sicherzustellen.

Persönliche Schutzausrüstung

Tätigkeitsbezogen ist die notwendige und einwandfreie PSA zu benutzen (z. B.: Arbeitssicherheitsschuhe, Schutzkleidung, Helm, Gehörschutz oder Schutzmasken usw.). Die Schutzausrüstung ist durch den AN zu stellen. Hinweisschilder und Symbole an Maschinen und Geräten sind zu beachten.

Arbeitsmittel

Die mitgebrachten Arbeitsmittel müssen sich in einem sicherheitstechnisch einwandfreien Zustand befinden und für den Einsatz (z.B. Arbeiten in explosionsgefährdeten Bereichen) geeignet sein, Prüfnachweise sind auf Verlangen des AGs vorzulegen.

Ordnung und Sauberkeit

Ordnung und Sauberkeit am Arbeitsplatz ist die Basis der Arbeitssicherheit. Deshalb sind Lagerungen von Bauteilen, Werkzeugen und Materialien auf Verkehrswegen und vor Türen zu vermeiden, vor Feuerlöscher und Notausgängen generell verboten.

- Anschluss- und Zuführungsleitungen sind so zu verlegen, dass keine Stolpergefahren entstehen. Durch Brandschutz-/Rauchschutzabschlüsse dürfen diese grundsätzlich nicht verlegt werden.
- Auslaufende Flüssigkeiten sind sofort aufzunehmen. Öle, Lösemittel, Reinigungsmittel und andere flüssige Gefahrstoffe dürfen nicht in die Umgebung, z.B. Kanalisation, Erdreich oder Gewässer gelangen.
- Öle, Schmierstoffe und Gefahrstoffe jeder Art sind vorschriftsmäßig zu entsorgen. Auch mit Flüssigkeit getränkte Lappen sind Sondermüll.

Entsorgung

Der Auftragnehmer ist für die Entsorgung seiner benutzten Arbeitsstoffe und deren Verpackungen (Abfälle, wie Gefäße mit Gefahrstoffresten, Farbeimer, etc.) selbst verantwortlich und hat diese unverzüglich zu entsorgen. Die Nutzung der Entsorgungscontainer der OTH Regensburg ist ohne Zustimmung des AGs nicht zulässig.

Verkehrsregelungen auf dem Gelände

Fahrzeuge dürfen nur auf den dafür vorgesehenen Plätzen geparkt werden. Das Befahren des Geländes ist beim Infopoint anzumelden. Be- und Entladevorgänge dürfen nur auf den zugesagten Flächen getätigt werden. Es dürfen nur Fahrzeuge das Gelände befahren, die verkehrssicher sind und sich in einem betriebssicheren Zustand befinden. Das Verhalten auf allen Verkehrswegen sollte rücksichtsvoll und umsichtig gegenüber anderen Verkehrsteilnehmenden erfolgen. Auf dem gesamten Gelände gilt die StVO. Ein dauerndes Laufen lassen des Motors ist untersagt.

Feuergefährliche Arbeiten

- Vor Beginn von Schweiß-, Schneid-, Löt-, Auftau- und Trennschneidarbeiten sowie verwandten Verfahren, ist ein Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten einzuholen.
- Für Arbeiten in brandgefährdeten Bereichen und bei Dachreparaturen ist eine besondere schriftliche Genehmigung der Abteilung Gebäude und Technik der OTH Regensburg erforderlich.
- Brennbare Gegenstände im Gefahrenbereich der Feuerarbeiten sind zu entfernen, abzudecken oder durch eine Brandwache mit entsprechendem Löschgerät zu sichern.
- Nach Abschluss der Arbeit ist die Umgebung der Arbeitsstelle über mehrere Stunden in kurzen Zeitabständen zu kontrollieren, bis eine Brandentstehung ausgeschlossen werden kann.
- Beim geringsten Verdacht auf Brandgefahr ist Meldung zu erstatten.
- Arbeiten, die Rauch- oder Staubemissionen verursachen, gefährden die Gesundheit und sind durch emissionsärmere Arbeitsverfahren zu ersetzen (z. B. Sägen statt Trennen usw.). Sind Rauch- oder Staubemissionen nicht zu vermeiden, so sind Absaugeinrichtungen einzusetzen.
- Die Räumlichkeiten der OTH Regensburg sind überwiegend mit aktiven Rauchmeldern ausgestattet. Rauch- oder Staubemissionen können die Rauchmelder auslösen. Eine Rauchererkennung wird automatisch und direkt an die örtliche Feuerwehr weitergeleitet. Die Kosten von Fehleinsätzen der Feuerwehr gehen zu Lasten des Verursachenden.

Einsatz von Gefahrstoffen

- Gefahrstoffe dürfen nur unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften (z. B. Gefahrstoffverordnung) eingesetzt werden.
- Das Substitutionsgebot ist anzuwenden. Der Einsatz von Gefahrstoffen ist nur zulässig, wenn alle nötigen Schutzvorkehrungen für einen Störfall getroffen worden sind.
- Gefahrstoffe und deren Mengen sind vor Ausführung der Arbeiten Ihrer auftragsverantwortlichen Person und/oder dem/der Koordinator/in anzuzeigen.

- Es dürfen nur vom AG zuvor genehmigte Gefahrstoffe eingesetzt werden. Gefahrstoff-Betriebsanweisungen sind unter Einhaltung aller Schutzmaßnahmen zu beachten und die Sicherheitsdatenblätter sind bereitzuhalten.
- Erforderliche PSA benutzen. Nur geeignete und gekennzeichnete Behälter benutzen.
- Nur Gefahrstoffmengen im Arbeitsbereich bereitstellen, die für den Fortgang der Arbeit erforderlich sind.
- Ggf. Bereich vor dem Betreten von unbeteiligten Personen schützen.

Besondere Gefährdungen in Laboren oder technischen Bereichen

- Vor Arbeitsaufnahme in einem Labor o. ä. Raum ist die verantwortliche Laborleitung oder eine benannte Vertretung durch den AN zu kontaktieren. Die Laborleitung bzw. Vertretung hat den AN über mögliche Gefährdungen im Labor hinzuweisen und darüber wie sich im Gefahrenfall zu verhalten ist. Gefährdungen können bestehen aufgrund von Laser-Arbeiten, elektrischen Versuchsaufbauten, Tätigkeiten mit biologischen oder chemischen Gefahrstoffen, Prüfstände in Mechanik, Robotik, etc. Sicherheitsmaßnahmen und Warnschilder sind bekanntzumachen.
- Betreten der Labore ist nicht gestattet ohne Erlaubnis der Laborleitung.
- Labore mit Chemikaliengeruch dürfen nicht betreten werden; die zuständige Laborleitung oder Vertretung ist zu informieren.
- Die Beachtung für Arbeitsbereich und Tätigkeit gültiger Betriebsanweisungen, Laborordnungen u. a. Dokumente ist erforderlich, sofern die Laborleitung oder Vertretung darauf hingewiesen hat.

Dokumentation

Die Dokumentation über die erbrachte Unterweisung der Inhalte dieser Arbeitsanweisung erfolgt in einem Unterweisungsprotokoll. Die verantwortliche vorgesetzte Person der Fremdfirma hat die Unterweisung der eingesetzten Beschäftigten ihres Unternehmens sicherzustellen. Abhängig von aktuellen und lokalen Situationen sind ggf. weitere Informationen über Gefährdungen schriftlich zu fixieren.

Mitgeltende Regelungen

- DGUV V1: Grundsätze der Prävention, §6,
Zusammenarbeit mehrerer Unternehmer (1) Werden Beschäftigte mehrerer Unternehmer oder selbständige Einzelunternehmer an einem Arbeitsplatz tätig, haben die Unternehmer hinsichtlich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten, insbesondere hinsichtlich der Maßnahmen nach § 2 Absatz 1, entsprechend § 8 Absatz 1 Arbeitsschutzgesetz zusammenzuarbeiten. Insbesondere haben sie, soweit es zur Vermeidung einer möglichen gegenseitigen Gefährdung erforderlich ist, eine Person zu bestimmen, die die Arbeiten aufeinander abstimmt; zur Abwehr besonderer Gefahren ist sie mit entsprechender Weisungsbefugnis auszustatten. (2) Der Unternehmer hat sich je nach Art der Tätigkeit zu vergewissern, dass Personen, die in seinem Betrieb tätig werden, hinsichtlich der Gefahren für ihre Sicherheit und Gesundheit während ihrer Tätigkeit in seinem Betrieb angemessene Anweisungen erhalten haben.
- Arbeitsschutzgesetz §8, „Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber“
(1) 1 Werden Beschäftigte mehrerer Arbeitgeber an einem Arbeitsplatz tätig, sind die Arbeitgeber verpflichtet, bei der Durchführung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzbestimmungen zusammenzuarbeiten. 2 Soweit dies für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit erforderlich ist, haben die Arbeitgeber je nach Art der Tätigkeiten insbesondere sich gegenseitig und ihre Beschäftigten über die mit den Arbeiten verbundenen Gefahren für Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten zu unterrichten und Maßnahmen zur Verhütung dieser Gefahren abzustimmen. (2) Der Arbeitgeber muss sich je nach Art der Tätigkeit vergewissern, dass die Beschäftigten anderer Arbeitgeber, die in seinem Betrieb tätig werden, hinsichtlich der Gefahren für ihre Sicherheit und Gesundheit während ihrer Tätigkeit in seinem Betrieb angemessene Anweisungen erhalten haben.

Projekt-Nr.: EK-G+T-06-2026-03

Aktenzeichen: 06-2026-03

Projektname: Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

Darstellung der Struktur des Bieters

1. Angaben zur Struktur

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- ☐ als Einzelbieter
- ☐ als Bietergemeinschaft
- ☐ unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
---	------------------------------	---

3. Angaben zur Eignungsleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden
--------------------------------------	---------------------------	---

Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

4. Angaben zur Bietergemeinschaft

4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
--------------------------------------	---------------------------	---

4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

--

Eigenerklärungen zur Eignung – UVgO

Bei Eintragung in das Amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich ersetzt eine Kopie des Bescheids diese Erklärung.

(Auszufüllen sofern von der Vergabestelle angekreuzt)

Bieter (Name, Unternehmen)

<input checked="" type="checkbox"/> Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen	Jahr	€

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

☒ Angabe von Referenzen

1. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)

--	--	--

2. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)

--	--	--

3. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)

--	--	--

☒ Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte :

Jahr	Jahr	Jahr

☐ Mein/ Unser Betrieb ist in folgender Berufsgenossenschaft:

Bezeichnung:	Mitgliedsnummer:

<input type="checkbox"/> Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes	<input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister unter	
	Nummer:	
	beim Amtsgericht:	
	<input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	

<input checked="" type="checkbox"/> Über mein/unser Unternehmen wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen wurde beantragt oder mangels Masse abgelehnt oder das Unternehmen ist faktisch zahlungsunfähig.	ja	nein
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Hiermit wird erklärt, dass nachweislich auf keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, ein zwingender Ausschlussgrund (§ 123 Abs. 1 GWB) zutrifft und ob eine schwere Verfehlung, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB) oder ein weiterer fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt.

☒ Es liegt **keine** rechtskräftige Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 OWiG wegen einer der folgenden Straftaten bzw. nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten vor (§ 123 GWB):

§ 129 StGB Bildung krimineller Vereinigungen
 § 129a StGB Bildung terroristischer Vereinigungen
 § 129b StGB Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland
 § 89c StGB Terrorismusfinanzierung bzw. Beteiligung an einer solchen Tat
 § 261 StGB Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte
 § 263 StGB Betrug
 § 264 StGB Subventionsbetrug
 § 299 StGB Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr
 § 108e StGB Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern
 §§ 333, 334 StGB Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB
 Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung - Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr
 §§ 232, 233 StGB Menschenhandel
 § 233a StGB Förderung des Menschenhandels

☒ Des Weiteren liegt **kein** Ausschlussgrund nach §§ 21, 23 Abs. 1, 2 AEntG, §§ 19, 21 Abs. 1, 2 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 98c AufenthG infolge der Belegung mit einer Geldbuße in Höhe von wenigstens 2.500 € bzw. infolge einer rechtskräftigen Verurteilung zu mehr als drei Monaten Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen wegen illegaler Beschäftigung vor. Es liegen daher im Gewerbezentralregister keine Eintragungen bezüglich dieser Vorschriften oder bezüglich § 81 Abs. 1 – 3 GWB vor, die Gegenstand eines Auskunftsanspruchs nach § 150a GewO sein können.

Liegt ein fakultativer Ausschlussgrund wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen eine der folgenden Vorschriften vor (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)?

§ 70 StGB Anordnung des Berufsverbots	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 132a StPO Vorläufiges Berufsverbot	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 242 StGB Diebstahl	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 246 StGB Unterschlagung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 253 StGB Erpressung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 259 StGB Hehlerei	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 264 StGB Subventionsbetrug	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 265b StGB Kreditbetrug	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 266 StGB Untreue	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 267 StGB Urkundenfälschung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 268 StGB Fälschung technischer Aufzeichnungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§§ 283 – 283d StGB Insolvenzstraftaten	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 298 StGB Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 306 StGB Brandstiftung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 319 StGB Baugefährdung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§§ 324, 324a StGB Gewässer- oder Bodenverunreinigung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 326 StGB Unerlaubter Umgang mit Abfällen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 35 GewO Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 17 Abs. 2 UWG Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 1 GWB Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Wurde bei der Ausführung eines öffentlichen Auftrags schon einmal gegen geltende Vorschriften verstoßen? (Verstoß im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)

Verstoß gegen umweltrechtliche Vorschriften?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Verstoß gegen sozialrechtliche Vorschriften?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Vorschriften?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Besteht ein Interessenkonflikt, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit vom öffentlichen Auftraggeber bei der Durchführung des Vergabeverfahrens in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB)?

☐ Ja

☐ Nein

Besteht eine Wettbewerbsverzerrung dadurch, dass dieses Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB)?

☐ Ja

☐ Nein

Hat dieses Unternehmen bei der Ausführung eines früheren Auftrags oder Konzessionsvertrags eine wesentliche Anforderung erheblich oder dauerhaft mangelhaft erfüllt, woraus eine vorzeitige Beendigung, eine Schadensersatzpflicht oder eine vergleichbare Rechtslage resultierte (§ 134 Abs. 1 Nr. 7 GWB)?

☐ Ja

☐ Nein

☒ Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Ort, Datum, Stempel und Unterschrift

Projekt-Nr.: EK-G+T-06-2026-03

Aktenzeichen: 06-2026-03

Projektname: Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

Firmenbezeichnung und –anschrift
des Unterauftragnehmers oder Eignungsverleiher

Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.

- werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.
 - werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
 - Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
 - Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
 - Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

Projekt-Nr.: EK-G+T-06-2026-03

Aktenzeichen: 06-2026-03

Projektname: Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
 - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Auftragsbedingungen

1. Bestätigung des Auftrages

Die beigefügte Bestellung ist unverzüglich zu bestätigen. Abweichungen gegenüber der Bestellung sind ausdrücklich aufzuführen und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Auftraggebers. Mündliche Abreden bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch die Vertragspartner. Der Auftrag gilt auch dann zu den gestellten Bedingungen angenommen, wenn dem Auftraggeber nicht innerhalb von 8 Tagen nach Aufgabe der Bestellung eine ablehnende Erklärung des Auftragnehmers zugeht. Auf die Auftragsnummer muss in allen schriftlichen Vorgängen Bezug genommen werden, insbesondere in Auftragsbestätigungen, Lieferscheinen, Speditionsunterlagen, Rechnungen, Allgemeine Geschäfts-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers, auch wenn in Auftragsbestätigungen darauf Bezug genommen wird, haben keine Gültigkeit, soweit sie von den nachstehenden Bedingungen abweichen.

2. Lieferfristen

Die schriftlich vereinbarten Lieferfristen sind genau einzuhalten. Bei Überschreiten der Lieferfristen treten die gesetzlichen Folgen ein, soweit nicht im Einzelfall eine andere Vereinbarung getroffen wird.

3. Lieferung

Die Ware ist frei Verwendungsstelle zu liefern. Der Anlieferungstermin ist jeweils drei Arbeitstage vorher anzuzeigen. Die Größen der verpackten Waren müssen auf die Maße des Hauses abgestimmt sein. Teilsendungen sind als solche zu bezeichnen. Jeder Lieferung sind Lieferscheine beizugeben, die den Inhalt der Sendung (Stückzahl, Preisangabe, Auftragsnummer) genau bezeichnen. In der Zeit vom 23. Dezember bis 02. Januar können keine Lieferungen angenommen werden.

4. Gefahrenübergang

Die Gefahr geht, wenn im Einzelfall nichts anderes schriftlich vereinbart ist, auf den Auftraggeber über, sobald die Ware bei diesem eingetroffen und abgenommen ist. Beschädigungen, die durch den Transport am oder im Hause verursacht werden, kann der Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers beseitigen lassen. Die dadurch entstandenen Aufwendungen und Kosten können gegen Forderungen des Auftragnehmers aufgerechnet werden.

5. Mangelhafte Leistungen (Arbeiten oder Lieferungen)

Bei mangelhafter Leistung kann der Auftraggeber nach seiner Wahl Wandelung, Minderung, Umänderung, Ersatzlieferung, Nachbesorgung oder Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Weitergehende Schädigung aus mangelhafter Leistung hat der Auftragnehmer zu ersetzen. Die Mängelrüge ist nicht vom Verbleib der Gegenstände in der Verpackung abhängig. Die Frist zur Mängelrüge beginnt bei Maschinen, Apparaten und Apparateilen erst mit dem Beginn der ständigen Verwendung. Die Verjährungsfrist für die Mängelrüge nach Satz 1 beträgt allgemein zwei Jahre, im Falle besonderer schriftlicher Vereinbarung mehr oder weniger, jedoch nicht weniger als ein Jahr.

6. Rechnung

Die Rechnung ist unverzüglich nach Erfüllung des Auftrages einzureichen.

7. Bezahlung

a) Die Skontofrist beträgt immer 30 Tage.

b) Rechnungen werden innerhalb eines Monats nach ihrem ordnungsgemäßen Eingang bezahlt, soweit nicht ausdrücklich etwas anders vereinbart ist. Aus haushaltstechnischen Gründen beginnt abweichend davon diese Frist bei Lieferungen in der Zeit vom 5. Dezember bis 15. Januar und vom 10. August bis 20. September jeweils erst nach Ablauf dieser Zeiträume. Die Fristen beginnen jedoch nicht vor dem Tag, der auf den Tag der Abnahme der Lieferung folgt, falls die Rechnung vorher eingeht. Rechnungen für Teillieferungen werden nur bei vorheriger Zustimmung des Auftraggebers vor Ausführung des Gesamtauftrages angewiesen. Zahlung erfolgt durch Überweisung auf das vom Empfangsberechtigten mit der Rechnung zu bezeichnende Konto. Sind Teilabrechnung zugelassen, so gelten für sie alle Bestimmungen entsprechend.

8. Preise

Die Aufträge für Leistungen sind zu den im Bestellschein vom Auftraggeber ausbedungenen Preisen auszuführen. Im Zweifelsfall bestimmt der Auftraggeber unter entsprechender Anwendung des § 315 BGB seine eigene Leistung nach billigem Ermessen. Dem Auftraggeber ist bekannt, dass sich die Preise im Rahmen der jeweils einschlägigen preisrechtlichen Vorschriften zu bewegen haben. Alle Zahlungen erfolgen unter dem Vorbehalt der preisrechtlichen Überprüfung. Dieser Vorbehalt wird vom Auftragnehmer ausdrücklich anerkannt und er verpflichtet sich, Überzahlungen zurückzuerstatten.

9. Kosten

Transportkosten und sonstige Ausgaben aus Anlaß des Abschlusses oder der Erfüllung des Vertrages trägt der Auftragnehmer. Mehrkosten, die durch Nichteinhaltung dieser Bedingungen entstehen, haben ebenfalls der Auftragnehmer zu tragen.

10. Erfüllungsort, Gerichtsstand

Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung ist Regensburg. Streitigkeiten, die zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer entstehen, sind im ordentlichen Rechtsweg auszutragen. Auftraggeber ist der Freistaat Bayern, dieser vertreten durch das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, dieses vertreten durch die OTH Regensburg, diese vertreten durch den Kanzler. Auf die Bestimmungen der Verordnung über die Vertretung des Freistaates Bayern und das Abhilfeverfahren in der jeweils gültigen Fassung wird hingewiesen.

11. Erklärung

Entsprechend den Richtlinien für staatliche Aufträge mit Rechnungsbeträgen über 10 000, € (zehntausend) gelten solche Aufträge nur unter der Voraussetzung als erteilt, dass eine Erklärung über die Erfüllung sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen (Formblatt auf Anforderung) abgegeben wird.

12. Bestandteil des Liefervertrages ist die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)

Produkte/Leistungen

Alle Preise sind ohne Umsatzsteuer einzugeben

1	Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3	USt. [%]	Menge	Einheit (ohne Einheit)	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	 pro 1,00 (ohne Einheit)

Die Leistung beinhaltet die Durchführung der Wiederholungsprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel gemäß DGUV Vorschrift 3 unter Einhaltung aktuell gültigen gesetzlichen und fachlichen Vorschriften. Die Prüfung umfasst Sichtprüfung, Messung, Funktionsprüfung, Dokumentation und Kennzeichnung des Betriebsmittels entsprechend den geltenden Vorschriften.
Zu prüfen sind alle vor Ort befindlichen ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel, privat genutzte Geräte sind ebenfalls zu prüfen.

Lieferadresse / -Termine

Ostbayerische Technische Hochschule
Regensburg, dazu gehören die Gebäude
auf dem Campus der OTH, Standorte
Prüfeningering Straße, TechBase und Building
Lab.

Verfahren: EK-G+T-06-2026-03 - Prüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DGUV-Vorschrift 3

EIGNUNGSKRITERIEN

1	statistische Angaben Gewichtung: 0,00%
1.1	Unternehmensgröße [Mussangabe] Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu Ihre Unternehmensgrößenklasse an. Nähere Informationen, ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen erfüllt, finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen Benutzerleitfaden zur Definition von KMU. Es handelt sich um einen rein statistischen Wert, d.h. die Angabe zu diesem Punkt hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit. <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen (0) <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen (0) <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen (0) <input type="checkbox"/> Großunternehmen (0) <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2	Ausschlussgründe nach § 31 UVgO i.V.m. §§ 123, 124 GWB Gewichtung: 0,00%
2.1	Hinweis Hinweis: Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.
2.2	Ausschlussgründe entsprechend § 123 GWB Ausschlusskriterium Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen entsprechend §123 GWB? <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2.3	Ausschluss entsprechend § 124 GWB Ausschlusskriterium Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen entsprechend § 124 GWB, die zum Ausschluss führen? <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
3	Angaben Wettbewerbsregister Gewichtung: 0,00%
3.1	Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern.
3.2	Name des Unternehmens [Mussangabe] Name des Unternehmens:
3.3	Postanschrift Gewichtung: 0,00%
3.3.1	Sitz des Unternehmens [Mussangabe] Sitz des Unternehmens / der Firma:

3.3.2 Straße [Mussangabe]

Straße:

3.3.3 Hausnummer [Mussangabe]

Hausnummer:

3.3.4 Postleitzahl [Mussangabe]

Postleitzahl:

Hinweis: Es sind nur Hauszustellungs-Postleitzahlen zulässig!

3.3.5 Ort [Mussangabe]

Ort:

3.3.6 Land [Mussangabe]

In welchem Land / Staat ist Ihr Unternehmen ansässig?

3.4 Rechtsform [Mussangabe]

Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

- [] Keine Angabe (0)
- [] Natürliche Person (0)
- [] AG (0)
- [] AG (England) (0)
- [] AG (Schottland) (0)
- [] AG (Schweiz) (0)
- [] AG & Co. KG (0)
- [] AG & Co. KG i. L. (0)
- [] AG & Co. oHG (0)
- [] AG & Co. oHG i. L. (0)
- [] AG i. Gr. (0)
- [] AG i. L. (0)
- [] AöR (0)
- [] BV (0)
- [] Corp. (0)
- [] e.K. (0)
- [] e.V. (0)
- [] e.V. i. L. (0)
- [] eG (0)
- [] eG i. Gr. (0)
- [] eG i. L. (0)
- [] eGbR (0)
- [] Einzelunternehmer (0)
- [] EWIV (0)
- [] GbR (0)
- [] gGmbH (0)
- [] GmbH (0)
- [] GmbH (Österreich) (0)
- [] GmbH (Schweiz) (0)
- [] GmbH & Co. KG (0)
- [] GmbH & Co. KG i. L. (0)
- [] GmbH & Co. OHG (0)
- [] GmbH & Co. OHG i. L. (0)
- [] GmbH i. Gr. (0)
- [] GmbH i. L. (0)
- [] Inc. (0)
- [] KG (0)
- [] KG i. L. (0)
- [] KGaA (0)
- [] KöR (0)
- [] LLP (0)
- [] Ltd. (0)
- [] n.e.V. (0)
- [] NV (0)
- [] OHG (0)
- [] OHG i. L. (0)
- [] Oy (0)
- [] PartG (0)
- [] PartG i. L. (0)
- [] PartGmbH (0)
- [] S.L. (0)
- [] SA (0)
- [] SARL (0)
- [] SE (0)
- [] SNC (0)
- [] sp. z.o.o. (0)
- [] SpA (0)
- [] SRL (0)
- [] Stiftung & Co. KG (0)
- [] Stiftung & Co. KG i. L. (0)
- [] Stiftung & Co. OHG (0)
- [] Stiftung & Co. OHG i. L. (0)

- ☐ Stiftung bR (0)
- ☐ Stiftung öR (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (0)
- ☐ VEB (0)
- ☐ VVaG (0)
- ☐ WEG (0)
- ☐ Rechtsform nicht gelistet (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.5 Registerangaben

Gewichtung: 0,00%

3.5.1 Registerangaben

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)
- ☐ Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)
- ☐ Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2 Inländisches Register

Gewichtung: 0,00%

3.5.2.1 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

3.5.2.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ HRA (0)
- ☐ HRB (0)
- ☐ GnR (0)
- ☐ GsR (0)
- ☐ PR (0)
- ☐ VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2.3 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

3.5.3 Ausländisches Register

Gewichtung: 0,00%

3.5.3.1 Ausländische Registernummer

Ausländische Registernummer:

3.5.3.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

3.5.3.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

3.5.4 Keine Registerangabe

Gewichtung: 0,00%

3.5.4.1 Keine Registerangabe

Für Einzelunternehmer (Freiberufler oder Selbstständige) werden folgende Angaben benötigt.

3.5.4.2 Einzelunternehmer

Gewichtung: 0,00%

3.5.4.2.1 Familienname

Familienname:

3.5.4.2.2 Vorname

Vorname:

3.5.4.3 Sonstige Gründe

Bitte erläutern Sie, weshalb keine der vorhergehenden Auswahlmöglichkeiten zutreffen:

3.5.5 Umsatzsteueridentifikationsnummer

Falls Sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, dann geben Sie diese bitte an:

4 Eigenerklärung

Gewichtung: 0,00%

4.1 Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2 Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften

Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.

(Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

4.3 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

5 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

Gewichtung: 0,00%

5.1 Eigenerklärung Unterauftragsnehmer Eignungsverl.

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragnehmern oder Eignungsverleihern vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------